Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Breckerfeld, Dahlerbrück, Schalksmühle, Brügge, Oberbrügge, Lüdenscheid, Bollwerk, Volme, Kierspe-Bahnhof, Kierspe, Rönsahl, Meinerzhagen, Valbert, Mühlhofe, Kupferberg, Kreuzberg, Radevormwald usw.

Redaktion, Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westfalen. □ Fernsprecher Nr. 42. Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 70 | Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Postschalter abgeholt Mark 2.40, durch die Boten Mark 2.65, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht Mark 2,82 | Halver, Samstag, den 23. März | Anzeigen: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., Reklamezeile 40 Pfg. — Jede Rabattbewilligung wird hinfällig bei zwangsweiser Beitreibung der Gebühren. | 1918

16000 Engländer gefangen, 200 Geschütze erbeutet.

WTB **Berlin**, 22. März. abends. (Amtlich.)

Die Erfolge des gestrigen Tages in den Kämpfen zwischen Arras und La Fere wurden in Fortführung unseres Angriffes erweitert, 16 000 Gefangene und 200 Geschütze wurden bisher gemeldet.

Vor Verdun ist der Feuerkampf gesteigert.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

21. März. In breiten Abschnitten der Westfront ist die Artillerieschlacht mit voller Wucht entbrannt. Am Kampfe ist österreichisch-ungarische Artillerie beteiligt. — In der Ukraine wird die Hafenstadt Cherson genommen.

Daimler.

Der Reichstag steht vor dem Beginn seiner Osterpause; aber vorher will er sein Gewissen noch beruhigen und ein abschließendes Wort über den Fall Daimler sprechen. Der Hauptausschuß hat sich einmütig in der Annahme von Anträgen zusammengefunden, die der Heeresverwaltung noch weitergehende Aufsichtsrechte gegenüber den Betrieben der Rüstungsindustrie einräumen wollen. Diese Anträge werden auch das äußerlich sichtbare Ergebnis der Vollverhandlungen darstellen. Daneben laufen aber die gerichtlichen Untersuchungen her: einmal in Stuttgart, wo geprüft wird, ob gegen die Leitung der Daimlerwerke die Anklage wegen Kriegswuchers und Betrugsversuchs erhoben werden kann, und außerdem beim Reichsgericht in Leipzig, das mit der Frage betraut worden ist, ob in der Drohung der Betriebsleitung, die Arbeit einschränken oder gar einstellen zu lassen, wenn nicht gewisse Forderungen bewilligt würden, der Tatbestand des versuchten Landesverrats zu erblicken ist oder nicht. So kann man sicher sein, daß alles in die Wege geleitet ist, um das Unrecht, wenn und soweit es begangen ist, zur Verantwortung zu ziehen und seiner Wiederholung mit durchgreifenden Mitteln vorzubeugen. Einstweilen bleibt nur noch Raum für ein kurzes Nachwort, das natürlich den Ergebnissen der schwebenden Untersuchungen nicht vorgreifen soll.

Am wichtigsten erscheint uns die Feststellung, daß die Verfehlungen der Daimlerwerke eben nur dieser, nicht aber der ganzen deutschen Kriegsindustrie zur Last gelegt werden können. Das ergibt sich schon allein aus der Tatsache, daß weit über 90 vom Hundert der mit Kriegslieferungen betrauten Firmen der Heeresverwaltung ohne weiteres auf Verlangen Einsicht in ihre Bücher gewährt oder alle erforderlichen Angaben zur Beurteilung ihrer Preisberechnungen gemacht haben. Die Aufsicht, die der Reichstag jetzt durch eine neue Bundesratsverordnung gewährleistet sehen will, ist also in der erdrückenden Mehrzahl der Fälle bereits jetzt tatsächlich geübt worden. Wo Schwierigkeiten bereitet wurden, lagen zumeist auch Gründe vor, über die sich immerhin reden ließ, die, was nicht übersehen werden darf, im Frieden jedenfalls durchaus respektiert würden. Es sei nur an das Kapitel der Fabrikationsgeheimnisse erinnert, deren Offenlegung für einen fachmännisch erprobten Blick schon in Zahlen und Kalkulationsangaben gefunden werden kann, denen der Laie mit vollendeter Harmlosigkeit gegenüberstehen würde. Und der Leitung eines durch eigene Kraft zur Weltberühmtheit gelangten Unternehmens kann es keine rechte Beruhigung schaffen, daß diese Geheimnisse ja nicht der lieben Konkurrenz, sondern nur den staatlichen Behörden preisgegeben werden sollen. Denn in diesen Behörden arbeiten jetzt Hunderte und Tausende von Sachverständigen, die der Industrie angehören, und nach dem Kriege wieder zu ihr zurückkehren werden. Daraus ergibt sich zugleich, daß der Vorwurf, die Heeresverwaltung ermangele der notwendigen Beratung durch Männer des praktischen kaufmännischen und industriellen Lebens, nicht begründet ist. Es kann trotzdem einmal vorkommen, daß den militärischen Beschaffungsämtern ein Schnippchen geschlagen wird — wir sind nun einmal allzumal Menschen, und bei der ungeheuren Arbeitsfülle, die der Krieg und namentlich das Hindenburgprogramm über unser Wirtschaftsleben ausgeschüttet hat, ist es völlig undenkbar, daß nicht hier oder da einmal etwas übersehen werden sollte. Den Schaden werden wir ruhig unter den allgemeinen Kriegslasten verbuchen können.

Eine ganz andere Sache ist es dagegen, wenn eine so hervorragende, in ihren technischen Leistungen glänzend bewährte Gesellschaft wie die Daimlerwerke direkt auf Betrug ausgehen und ihre Täuschungsabsichten gar noch mit erpresserischen Drohungen nachdrücklich unterstützen. Der Fall klingt so ungeheuerlich, daß man wirklich geneigt war, ihn einfach für unmöglich zu halten. Die deutsche Öffentlichkeit hat schon manchmal aufsehenerregende Anklagen, die im Reichstage erhoben wurden, für bare Münze genommen und sich nachher doch davon überzeugen müssen, daß sie irregeleitet worden war. Auch hier haben sich alsbald Stimmen vernehmen lassen, die vor einer vorschnellen Verurteilung der Gesellschaft warnten; die darauf verwiesen, daß sie schon im Frieden reiche Früchte ihrer Arbeit und Erfindungen ernten konnte, dabei aber stets auf Stärkung ihrer finanziellen Grundlagen bedacht war; die geltend machten, daß Daimler ebenso wie die ganze deutsche Kriegsindustrie von der Heeresleitung zu bis dahin unerhörten Höchstleistungen angespornt worden war, bei denen die Preise kein Hindernis bilden durften; die endlich auch feststellten, daß die Stuttgarter Firma bis zuletzt, bis zum heutigen Tage ihre Erzeugnisse immer noch erheblich billiger lieferte als die gesamte Konkurrenz, von der sie auch in der Güte und Leistungsfähigkeit der Fabrikate durchaus nicht übertroffen worden ist. Das alles wird man billigerweise festhalten müssen, wenn der Zeitpunkt für das Endurteil über das Gebahren der Firma gekommen ist. Sie wird ihrem verdienten Schicksal nicht entgehen, dafür ist jetzt unter allen Umständen gesorgt. Aber ihren etwaigen Verfehlungen stehen auch unbestrittene Verdienste gegenüber, die nicht einfach mit einem Federstrich auszulöschen sind.

Und was die Hauptsache ist: die deutsche Industrie hat durch diesen Fall von ihrer strahlenden Größe nichts eingebüßt. Sie kann nach wie vor stolz sein auf ihre Mitwirkung im Kampfe gegen unsere Feinde, und so lange dieser auch noch dauern mag, sie wird auf dem Posten bleiben, bis wir am Ziel unserer Wünsche angelangt sind.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Dem preußischen Abgeordnetenhause ist der **Entwurf des neuen Eisenbahnanleihegesetzes** vorgelegt worden, durch den zur Förderung des Staatseisenbahn- und des Kleinbahnnetzes insgesamt 726 352 000 Mark angefordert werden. Davon entfallen insbesondere auf die Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Bahnnetzes rund 650 Millionen Mark. Es sollen beschafft werden: 1850 Lokomotiven, 1800 Personenwagen, sowie 35 906 Gepäck- und Güterwagen. Davon dienen 550 Lokomotiven, 750 Personenwagen, sowie 6300 Gepäck- und Güterwagen und ein Fährschiff zum Ersatz auszuscheidender Fahrzeuge. Zur Deckung des weitaus größten Teiles dieser Kosten werden Schuldverschreibungen ausgegeben, an deren Stelle auch vorübergehend Schatzanweisungen oder Wechsel gegeben werden können.

+ Die **Aufhebung des § 153 der Reichsgewerbeordnung**, die vom Reichskanzler Grafen Hertling am 29. November im Reichstage angekündigt worden ist, wird in einer vom Reichswirtschaftsamt ausgearbeiteten, vom preußischen Staatsministerium genehmigten, jetzt im Bundesrat liegenden Vorlage gefordert. Und zwar ist nach der Sozialen Praxis die glatte Beseitigung dieses Paragraphen vorgesehen. Gerüchte, es seien „Ersatzvorschriften", sind falsch. Sie waren entstanden aus der langen Dauer der Vorbereitung des Gesetzentwurfes und dem Ansturm der Arbeitgeberverbände, die sich auch in Immediateingaben an den Kaiser gewandt haben.

Österreich-Ungarn.

× Die Regierung hat im österreichischen Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf eingebracht, betreffend die **allgemeine Arbeitspflicht im Kriege**, wonach jede männliche Person vom Beginn des 17. bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres, jede weibliche Person vom Beginn des 19. bis zur Vollendung des 40. Lebensjahres für Zwecke der Allgemeinheit zur Arbeit verpflichtet ist. Die Pflicht zur Arbeit im Sinne des Gesetzes ist eine öffentliche. Von der Arbeitspflicht ausgenommen sind Personen, die sich nur vorübergehend im Staate aufhalten, ferner Personen der bewaffneten Macht, der öffentlichen Beamtenschaft, Mitglieder der verfassungsmäßigen Körperschaften, Seelsorger, Notare und öffentliche Lehrpersonen. Die allgemeine Arbeitspflicht erlischt, sofern sie nicht früher durch Beschluß des Gesamtministeriums ausdrücklich aufgehoben wird, von selbst mit Ablauf eines Jahres nach dem letzten Friedensschluß mit den europäischen Großmächten.

Frankreich.

× Die **Luftangriffe auf Paris** waren Gegenstand einer Besprechung in der Kammer, die durch eine Anfrage des Sozialisten Meyeras wegen Einstellung der Luftangriffe auf offene Städte herbeigeführt wurde. Der Fragesteller erklärte, es bleibe nur die Wahl, die Vermittlung der Neutralen zum Abschluß eines derartigen internationalen Übereinkommens anzuregen, oder Paris zum Teil zu räumen. Meyeras fuhr fort, ob man nicht wisse, daß die reichen Pariser Familien die Stadt bereits Hals über Kopf verlassen hätten? Clemenceau verweigerte eine Erklärung, ehe sich der Heeresausschuß mit der Angelegenheit befaßt hätte. Die Besprechung wurde darauf vertagt.

Großbritannien.

× Im englischen Oberhause stellte Lord Parmoor den Antrag, daß der Grundsatz eines **Bundes der Nationen** und die Errichtung eines internationalen Gerichtshofes, dessen Befehle erzwungen werden sollen, gutgeheißen werde. Lord Lansdowne führte in eingehender Begründung des Antrages u. a. aus, nach seiner Meinung sei die Zeit der Schaffung eines solchen Bundes sehr günstig, weil besonders Amerika sich dafür interessiere. Der Kern des Vorschlages sei, daß die Mächte, die zum Bunde zugelassen würden, bis zu einem gewissen Grade ihre Hoheitsrechte aufgeben, wenn sie den Vertrag schließen, und sich dem Achtungskodex unterwerfen müßten. Wenn man Deutschland den Sattel eines Bundes dieser Art aufschirren könnte, so würde dies mehr zur Abschaffung des preußischen Militarismus beitragen, als irgendein anderes denkbares Mittel.

Asien.

× Wie Reuter meldet, ist **in Belutschistan ein Aufruhr** ausgebrochen. In einer längeren Darstellung wird amtlich bekanntgegeben, daß die Haltung der Aristämme schon seit einiger Zeit Besorgnis eingeflößt habe. Es hätte sich eine Reihe von Ausschreitungen ereignet. So hätten die Rebellen Telegraphendrähte zerschnitten, auf Eisenbahnen geschossen und auf der Grenze englisch-indisches Regierungseigentum zerstört. Ein Angriff auf die Posten wurde blutig zurückgeschlagen. Es wird jetzt ein Strafzug gegen die Stämme unternommen.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 21. März. Ein Zirkular des Ministers des Innern der Ukraine fordert die französischen, englischen und belgischen Offiziere, die in Kiew und Umgegend verblieben sind, zum Verlassen der Ukraine auf.

Berlin, 21. März. In Herrenhauskreisen wird dem „Tag" zufolge beabsichtigt, den Fürsten Lichnowsky aus der Mitgliedschaft des Hauses auszuschließen.

Berlin, 21. März. Staatssekretär v. Waldow hat dem Verband der Hotelbesitzer Deutschlands zugesichert, daß Schritte bei den Gemeinden getan werden sollen, um die Hotel- und Restaurationsbetriebe ausreichend mit Lebensmitteln zu beliefern.

Kopenhagen, 21. März. Der dänische Reichstag ist nach Ritzaus Bureau geschlossen und durch Königlichen Erlaß zum 20. April aufgelöst worden. Die Neuwahlen zum Folkething finden am 22. April statt.

Wien, 21. März. Das serbische Ministerium Pasitsch ist nach Mailänder Telegrammen aus Korfu abermals zurückgetreten, da es ihm nicht gelungen sei, eine Mehrheit im Parlament für seine weiteren Kriegspläne zustande zu bringen.

Bukarest, 21. März. **Marghiloman hat sein Ministerium gebildet. Er wird heute von Jassy hier zurückerwartet.**

Genf, 21. März. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Konservative Maura das neue Ministerium bilden.

Preußischer Landtag.

Vertagung des Abgeordnetenhauses bis zum 23. April.

(132. Sitzung.) Fs. **Berlin**, 21. März.

Eine Anzahl von Petitionen wird zur Behandlung im Plenum als nicht geeignet erklärt. Auf der Tagesordnung steht sodann der aus dem Herrenhaus zurückgelangte Entwurf eines

Schätzungsamtsgesetzes.

Die Abgg. Grundmann (kons.), Dr. Arendt (frkons.), Dr. Lippmann (natl.) und Abg. Cassel (Vp.) stimmen dem Gesetz zu, der letztere trotz mancher Bedenken seiner Partei, der Zentrumsredner Dr. Hager lehnt das Gesetz im Namen seiner Freunde ab. Das Gesetz wird hierauf in der Fassung des Herrenhauses mit großer Mehrheit angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Baulastenbücher, dessen zweite Lesung nun folgen soll, wird auf Antrag des Abg. Künzer (natl.) wegen der inzwischen aufgetauchten Bedenken an den Ausschuß zurückverwiesen. Nunmehr wird das

Eisenbahnanleihegesetz

beraten. Unterstaatssekretär Dr. Peters weist auf die vor-

Wo?

Bei jedem Bankier, jeder Bank, Sparkasse, Postanstalt, Versicherungsgesellschaft, Kreditgenossenschaft werden Kriegsanleihezeichnungen entgegengenommen!

Bedingungen auf keinen Fall annehmen: 1. das Verbot des Transports von Truppen oder Kriegskonterbande auf den im Dienst der Entente stehenden holländischen Schiffen; 2. das Verbot der Bewaffnung dieser Schiffe.

Mit der ihm eigenen Brutalität wird England ohne auf die holländischen Einwände zu achten, also die Schiffe wegnehmen und nach Gutdünken benutzen, ganz so wie es in Deutschland vorhergesagt worden ist. Es wird niemand überraschen, wenn Deutschland entsprechende Maßnahmen trifft.

Schweden und die Westmächte.

Nach Londoner Meldungen soll zwischen der Entente und Schweden in naher Zukunft ein allgemeines Abkommen geschlossen werden. Im Zusammenhang damit würden Vereinbarungen getroffen werden, die Schweden endgültig Erleichterungen für die Erlangung von 100 000 Tonnen Weizen, 100 000 Tonnen Mais und 50 000 Tonnen Hafer sicherten. Die Weizenverschiffungen würden im April und Mai vor sich gehen, die von Mais und Hafer später. Es verstehe sich, daß dies nicht die Gesamtmenge der von den Alliierten gelieferten Vorräte sei, und daß Schweden weitere Vorräte an Lebensmitteln nach einiger Zeit werde erwerben können. — Natürlich muß Schweden diese Lieferungen mit — Schiffsraum bezahlen. Wir aber haben die Gewißheit, daß alle diese Aushilfsmittel England wenig nutzen werden. Sie können den Krieg verlängern, zugunsten Englands wenden können sie ihn nicht. Dafür sorgen unsere U-Boote.

*

38 holländische Schiffe von Amerika übernommen.

TU **Newyork**, 22 März. Mannschaften der Kriegsmarine haben auf Befehl der Washingtoner Regierung Mittwoch Abend 38 holländische Schiffe übernommen. Die holländischen Kapitäne haben, da sie seit mehreren Tagen auf ein solches Vergehen vorbereitet waren, nicht protestiert. Ein Teil der holländischen Mannschaften wird auf den Schiffen beschäftigt werden. Andere werden, wenn sie es wünschen, in Amerika behalten werden und von der amerikanischen Regierung ihren Lohn ausgezahlt bekommen. Die Seeleute, die nach Holland zurückzukehren wünschen, werden so rasch wie möglich dorthin befördert werden.

TU **Von der schweizerischen Grenze**, 22 März. Aus New York wird gemeldet: Die amerikanische Regierung wird die gestern in Beschlag genommenen niederländischen Schiffe bewaffnen und so schnell wie möglich in den transatlantischen Dienst aufnehmen, in der Hauptsache um Lebensmittel nach den Verbandsstaaten zu befördern, obwohl noch die Absicht besteht, sie zum Truppentransport zu gebrauchen, wenn sie dafür besser geeignet sind.

*

Annahme der holländischen Bedingungen durch die Entente

TU **Haag**, 22. März. Das Korrespondenzbureau meldet amtlich: Nach dem am 21. März abends im Ministerium des Auswärtigen eingelaufenen Telegramm des holländischen Gesandten in London hat die englische Regierung in Beantwortung der Mitteilung der niederländischen Regierung über die Bedingungen, unter denen sie bereit ist, den niederländischen Schiffen die Erlaubnis zu erteilen, für die Zwecke der Alliierten Länder in der Sperrzone zu fahren, zu erkennen gegeben, daß die verbündeten Regierungen sofort mit der Beschlagnahme der Schiffe beginnen werden. Von dem holländischen Gesandten in Washington ist in dieser Angelegenheit noch kein Bericht eingelaufen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 23 März

1819 August v. Kotzebue ermordet. — 1849 Sieg der Österreicher unter Radetzky über die Sardinier bei Novara. — 1897 Großherzogin Sophie von Sachsen-Weimar, Begründerin des Goethe- und Schillerarchivs, gest. — 1916 China wird zur Republik erklärt.

□ **Auszahlung von Militärpensionen bei den Postanstalten.** Vom 1. April 1918 an sollen die auf Grund der Militärversorgungsgesetze zahlbaren Pensionen usw. für Offiziere und Beamte, Invalidenpensionen und Renten sowie Hinterbliebenengebührnisse, ferner die von Militärbehörden an solche Empfänger bewilligten Unterstützungen, Zuwendungen, Beihilfen usw. (nicht aber Marinegebührnisse) nicht mehr durch die Kreis-, Forst- usw. Kassen, sondern durch die für den Wohnort des Empfängers zuständige Bestellpostanstalt gezahlt werden. Die Überleitungsarbeiten sind aber so umfangreich, daß sie mit dem vorhandenen Personal nicht überall vollständig bis zum 1. April 1918 werden ausgeführt werden können. Die Empfänger erhalten von den königlichen Regierungen usw. noch besondere Benachrichtigungen über das veränderte Zahlungsverfahren und außerdem neue Vordrucke zu Quittungen für das Rechnungsjahr 1918. Wer diese besonderen Benachrichtigungen nicht erhält, bekommt seine Gebührnisse bis zur endgültigen Regelung noch auf dem bisherigen Wege. Auch die Ruhegehaltsempfänger der Eisenbahn- und Justizverwaltung erhalten ihre Gebührnisse in der bisherigen Weise durch die Kassen dieser Verwaltungen weitergezahlt.

—* Sommerfahrplan: Den Bemühungen der Handelskammer zu Lüdenscheid ist es gelungen, daß vom 1. Mai 1918 ab die Personenzüge No. 1182: Brügge ab 6,41, Lüdenscheid an 6,59 Uhr, No 1163: Lüdenscheid ab 7,20, Brügge an 7,38 Uhr, und No. 1183: Lüdenscheid ab 8,25, Brügge an 8,35 Uhr auch Sonntags wieder verkehren. Diese Züge sind sowohl für den Ortsverkehr, als auch für die Anschlüsse von und nach Berlin, Leipzig, dem Rheine u. s. w. von besonderer Bedeutung. —

— Halver, 23. März. Der Artillerie-Uffz. Paul Bürger aus Anschlag wurde zum Sergeanten befördert. — Dem Gefreiten Martin Schmidt aus Halver wurde; das Eiserne Kreuz verliehen

+ **Halver, 23. März.** Der Schüler Friedr. Karl Eicker, aus Hürxtal hat sich am Kgl. Lehrer-Seminar zu Lüdenscheid der Aufnahme-Prüfung unterzogen und dieselbe mit Erfolg bestanden. Durch dieses Examen hat er sein Studium um 1 Jahr verkürzt, da er dadurch die Präparandenanstalt übersprungen hat.

* **Rönsahl**, 20. März. Geborgen. Der gestern nachmittag aus Worringen am Rhein auf der Lingese-Talsperre zur Bergung der sechs ertrunkenen jugendlichen Personen eingetroffene Taucher, konnte schnell seine Liebestat von Erfolg gekrönt sehen. Gestern nachmittag brachte er zwei Jungens und zwei Mädchen hoch und heute morgen gelang ihm die Bergung der anderen zwei Mädchen. Die unglücklichen Opfer dieses Bootsunfalles wurden unterhalb Linge, mit dem Boot zusammenliegend, aufgefunden. Die Leichen wurden in den bereitstehenden Särgen im Saal der Talsperren-Restauration aufgebahrt. Die Angehörigen der zwei Jungen, die von den Höfen bei der Sperre waren, holten die Leichen noch gestern abend nach Hause; die vier Mädchen, wovon zwei aus Gummersbach und zwei aus Hunstig bei Dieringhausen stammten, werden wahrscheinlich heute nach der Heimat überführt und auf dem dortigen Friedhof beerdigt. Hoffentlich dient dieser traurige Fall andern zur Warnung!

Arnsberg, 21. März. Die Nachweisung über die in der Woche vom 10. bis 16 März 1918 amtlich gemeldeten Fälle von übertragbaren Krankheiten enthält an: Diphtherie 103 Erkrankungen, 14 Todesfälle; Flecktieber 1 Erkrankung; Genickstarre 2 Erkrankungen, 1 Todesfall; Kindbettfieber 14 Erkrankungen, 4 Todesfälle; Körnerkrankheit 3 Erkrankungen; Lungen- und Kehlkopftuberkulose 113 Todesfälle; Ruhr 13 Erkrankungen 1 Todesfall; Scharlach 42 Erkrankungen, 4 Todesfälle; Unterleibstyphus 65 Erkrankungen, 3 Todesfälle; Paratyphus 1 Erkrankung.

59. Westfälischer Provinziallandtag.

Münster, 21. März.

In der heutigen Schlußsitzung, die um 10 Uhr eröffnet wurde, wurde zunächst die Verwendung der Ueberschüsse aus dem Jahre 1916 beraten. Aus dem Ueberschuß der Landesbank in Höhe von 789 517,33 Mk. werden u. a. erhalten: die Westf. Kriegshilfskasse 110 000 Mk., der Verein zur Bekämpfung der Volkskrankheiten im Ruhrkohlengebiet 60 000 Mk., die Kriegsunterstützungskasse der Provinz Westfalen 190 000 Mk., die Hilfsarbeiter der Landesbank 1600 Mk. (für die festangestellten Beamten sind im Haushaltsplan 5000 Mk. vorgesehen), der Fonds zur Verringerung der Provinzialsteuer 276 052,84 Mk., der Reservefonds 151 864,49 Mk. Die bei den Provinzialanstalten verbliebenen Bestände dienen zur Deckung von Restausgaben in gleicher Höhe, so daß Ueberschüsse nicht vorhanden sind. Die Hauptrechnung schließt mit einem Ueberschuß von 994 747 Mk. ab. Aus diesem Ueberschuß erhält u. a. die Kriegsbeschädigtenfürsorge 110 000 Mk. Zur Verringerung der Provinzsteuer werden aus diesem Ueberschuß 515 447,16 Mk. bestimmt.

Hierauf folgte die Beratung des Haushaltsplanes für 1918 und 1919. Die laufenden Ausgaben belaufen sich für 1918 auf 15 995 000 Mk., für 1919 auf 16 742 000 Mk. Der Voranschlag für 1917 ist mit 1 649 400 Mk. überschritten worden. Die Kosten des Provinziallandtages und der Hauptverwaltung betragen 1918 214 000 Mk., 1919: 255 300 Mk. Neue Anleihen sind nicht erforderlich. Zur Deckung des Fehlbetrages in Höhe von 8 167 500 Mk. wird eine Provinzialsteuer von 18,5 Proz. erhoben.

Es folgte die Abnahme der Jahresrechnung und Entgegennahme des Verwaltungsberichtes.

Alsdann hielt Oberpräsident Prinz zu Ratibor und Corvey die Schlußansprache, in der er den Abgeordneten für ihre hingebende Arbeit während der Tagung dankte. Im besonderen gedachte er der lobenswerten Förderung der sozialen Fürsorge. Er wies auf den huldvollen Gruß des Kaisers hin, der in den westfälischen Landen lebhaften und freudigen Widerhall findet. Er sei gewiß, daß die hier versammelten, an führenden Stellen stehenden Männer durch Wort und Beispiel den Mut, die Entschlossenheit und die Ausdauer des Volkes stärken würden. Möchte das Ergebnis der 8. Kriegsanleihe dem Kaiser einen neuen Beweis liefern, daß er sich auf seine treuen Westfalen in jeder Lage verlassen könne.

Der Vorsitzende Fürst zu Salm-Horstmar schloß darauf die Tagung mit einem Hoch auf den Kaiser.

Vom Büchertisch.

Helden. Gedichte von Lucie Viëtna. Wien, Oesterreichische Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. 1917. Preis Mk. —,80.

Die bekannte dramatische Künstlerin und Schriftstellerin hat durch den Krieg eine große Anzahl Freunde und Verwandte verloren. Der Erinnerung an die für das Vaterland gefallenen Helden sind diese poetischen Gedenkblätter gewidmet. Der Zyklus war ursprünglich wohl nur für einen engeren Kreis von Lesern bestimmt; warmherziges, patriotisches und dichterisches Empfinden wird den Versen auch über diesen Kreis hinaus lebhaftes Interesse sichern.

Um dem Werkchen weiteste Verbreitung zu sichern, hat der Verlag den Preis desselben auf Mk. —,80 festgesetzt. Wie bei allen früheren Werken der Autorin ist auch der Ertrag dieses Bändchens für die Kriegsfürsorge bestimmt.

Briefkasten.

—k Der Nachruf des T.-V. U. d. L. wurde uns erst gestern Mittag von der H. Ztg. übermittelt.

Telegramme und Drahtnachrichten.

Verleihung des Eisernen Kreuzes am weißschwarzen Bande.

TU **Berlin**, 22. März. Dem ersten und zweiten Vizepräsidenten des Reichstages, den Geheimräten Dr. Paasche und Dr. Dove, ist das Eiserne Kreuz am weißschwarzen Bande verliehen und ihnen im Namen des Reichskanzlers vom Staatssekretär des Innern ausgehändigt.

Fortsetzung des Kampfes gegen Deutschland.

TU **Berlin**, 21 März. Nach Erzählungen eines höheren gefangenen russischen Offiziers beabsichtigt der frühere russische Marine-Minister Dylenko den Kampf unabhängig von der mit der russischen Revolution getroffenen Entscheidung fortzusetzen. Seine Abteilungen werden auf 8000 bis 10000 Mann geschätzt, deren Kampfeswert aber nur gering sein soll. Ein aus Petersburg zurückgekehrter deutscher Offizier teilt mit, daß dort sich nur noch etwa 5000 Rote Gardisten dagegen 30 000 Weiße Gardisten aufhalten. Die Matrosen haben sich von der Roten Garde losgesagt. In Petersburg wartet man darauf, daß Deutschland kommt um auch dort Ordnung zu schaffen. Die inneren Zustände des polnischen Korps werden als wenig erfreulich bezeichnet. Die Disziplin hat aufgehört und die Offiziere gehen fast ausschließlich ihren Vergnügen nach.

Frankeichs Vorbereitungen zum Endkampf beendet.

TU **Genf**, 22. März. Eine Havasdepesche aus Paris meldet: Frankreichs Vorbereitungen zum Endkampf sind beendet. Die Militärattachees der Alliierten sind an die Front abgereist.

Englische Kriegsschulen an der italienischen Front.

TU **Lugano**, 22. März. Nach einer Meldung des Kriegsberichterstatters der Stampa richteten die Engländer in ihrer Sektion an der italienischen Front Kriegsschulen ein. In diesen Kriegsschulen werden Soldaten in allen Zweigen des Kriegsdienstes von Spezialisten und Instruktoren ausgebildet. Die Ausgebildeten werden entweder als Offiziere im Frontdienst Verwendung finden oder werden zu Vorstehern neuer Kriegsschulen ernannt. Der Berichterstatter bewundert die Wirkung dieser Schulen auf die Tüchtigkeit des Heeres.

Neuer amerikanischer Kredit.

TU **Amsterdam**, 21. März. Das amerikanische Schatzamt ersucht um die Ermächtigung von neuen Krediten in Höhe von 10 Milliarden Dollar.

Neue Bundesratsverordnungen.

Berlin, 21. März. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurden angenommen: 1. Entwurf einer Verordnung über das den Unternehmern landwirtschaftlicher Betriebe für die Ernährung der Selbstversorger zu belassende Brotgetreide; 2. Entwurf einer Bekanntmachung über die Bestimmungen betreffend den Kleinhandel mit Garn; 3. Entwurf einer Bekanntmachung über die Einfuhr von Wein; 4. Entwurf einer Verordnung über eine Anbau- und Ernteflächenerhebung im Jahre 1918.

Pour le mérite.

Berlin, 21. März. Wie der Reichsanzeiger mitteilt, hat der Kaiser dem Major Brinkmann den Orden Pour le mérite verliehen.

Gefangenenzahl an der Westfront.

Berlin, 21. März. An der Westfront wurden vom 1. bis 20. März 2600 Mann, darunter über 70 Offiziere und 2 Bataillonsstäbe gefangen genommen. Nach bisherigen Meldungen sind 102 Flugzeuge und 21 Fesselballone der Gegner abgeschossen. Gegen 40 Maschinengewehre und 20 Schnelladegewehre wurden erbeutet.

Minister wechsel in Württemberg.

Stuttgart, 21. März. Kultusminister Dr. v. Habermaas wurde auf seine Bitte in den Ruhestand versetzt. An seine Stelle tritt der bisherige Minister des Innern Dr. v. Fleischhauer. Zum Minister des Innern wurde Dr. v. Koehler, der bisherige stellvertretende Bevollmächtigte zum Bundesrat, ernannt.

Major Moraht †.

Berlin, 21. März. Der bekannte Militärschriftsteller Major a. D. Moraht ist nach längerer Krankheit an einem Herzleiden gestorben.

Die Entente und der Ostfriede.

Berlin, 21. März. Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt halbamtlich: In der neuesten Expektoration des englischen Ministers des Auswärtigen wird wieder einmal mitgeteilt, daß die Entente die von uns mit dem Osten geschlossenen Friedensverträge nicht anzuerkennen beabsichtige. Wir machen erneut darauf aufmerksam, daß eine derartige Anerkennung, die weder kommt noch notwendig ist, für uns vollkommen gleichgültig ist.

Der Postverkehr mit Finnland.

Berlin, 21. März. Nach Finnland können von jetzt ab gewöhnliche offene Briefe und Postkarten befördert werden; dabei ist außer den sonstigen im Auslandsverkehr zugelassenen Sprachen auch die russische Sprache gestattet.

Deutschland und Holland.

Haag, 21. März. **Der Berliner Vertreter des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" erfährt an zuständiger Stelle in Berlin, daß Deutschland keine feindlichen Absichten gegen Holland hege, sich aber gezwungen sehen würde, Maßnahmen zu ergreifen, die die Vermehrung der Ententetonnage durch holländischen Schiffsraum verhindern.**

Schwedens Programm.

Stockholm, 21. März. Ministerpräsident Eder erklärte in einer Rede, daß nach der Umwandlung der Lage in der Ostsee das Programm der schwedischen Regierung sei: Unerschütterliche Neutralitätspolitik und damit übereinstimmende Handelspolitik. Ferner verteidigte sich der Ministerpräsident gegen den Vorwurf, Finnland im Stiche gelassen zu haben. Schweden habe Finnland keine Hilfe leisten können, weil es damit in den Krieg eingetreten wäre.

Auf Leben und Tod verbündet.

Wien, 21. März. **Der Kriegsminister sprach sich Pressevertretern gegenüber über das deutsch-österreichische Bundesverhältnis aus. Er sagte u. a.: Wie am ersten Tage halten wir auch heute auf Leben und Tod zu unseren Verbündeten. Das Bündnis ist der Ausgangspunkt unserer militärischen und politischen Maßnahmen.**

Die Stärke der Alliierten an der Westfront.

Wien, 21. März. **Der „Neuen Freien Presse" zufolge beträgt die Stärke der Alliierten an der Westfront 160 bis 170 Divisionen, während die Manövrierarmee 20 bis 70 Divisionen umfaßt.**

Die Verschiebungen an der französischen Front.

Bern, 21. März. Westschweizerische Blätter melden, daß hinter der französischen Front umfangreiche Bahntransporte stattfinden, vermutlich handelt es sich um Transporte nach Italien.

Englands wachsende Kohlennot.

Rotterdam, 21. März. Im englischen Unterhaus erklärte es Stanley, der Präsident des Handelsamtes, für dringend erforderlich, den Kohlenverbrauch für Elektrizität einzuschränken. Er empfahl strengste Maßnahmen zur Licht- und Kohlenersparnis in Hotels, Gastwirtschaften, Theatern und Privathaushalten, Rationierung der für die Straßenbahnen bestimmten Kohlen und Ausdehnung der Kohlenrationierung auf ganz England.

Maura mit der Kabinettsbildung betraut.

Madrid, 21. März. Amtlich wird gemeldet: Maura ist mit der Kabinettsbildung betraut worden. Maura war schon einmal Chef der spanischen Regierung. Er ist Anhänger einer ehrlichen, entschiedenen Neutralität.

Wie Amerika Rußland „helfen" will.

Basel, 21. März. Zwischen Rußland und Amerika steht ein Vertrag vor dem Abschluß, wonach Amerika Rußland finanziell unterstützen will gegen Gewährung von Rechten zum Bau von Eisenbahnen und Ausbeutung der natürlichen Schätze Rußlands.

Amerika weicht nicht.

Moskau, 21. März. **Auf die Frage, ob infolge der Ratifizierung des Friedens mit Deutschland das amerikanische Konsulat Rußland verlassen werde, erklärte der Botschafter Francis, er werde Rußland nur dann verlassen, wenn er durch Gewalt dazu gezwungen werde. Wenn das russische Volk ausharre, werde es den Feind aus seinem Gebiet vertreiben und bis Ende 1918 für sich und die ganze Welt einen dauernden Frieden sichern.**

Wird der Sommerverkehr eingeschränkt?

Die geplanten Maßnahmen.

In der Berliner Einspruchversammlung der deutschen Hotelbesitzer gegen ihre Verweisung unter die Bestimmungen des Gesetzes gegen den gewerblichen Schleichhandel war auch die Rede von bevorstehenden Maßnahmen des Bundesrats, die den Reise- und Sommerverkehr beschränken sollen. Es handelt sich dabei um einen Gesetzentwurf, der in der Hauptsache anordnet, daß die Landesbehörden das Recht erhalten, den Aufenthalt und die Beherbergung ortsfremder Personen in Heilbädern, Kurorten, Erholungsplätzen sowie sonstigen Orten mit weniger als 6000 Einwohnern in der Zeitdauer oder in anderer Weise zu beschränken. Zuwiderhandlungen sollen mit Geldstrafe bis 1500 Mark oder mit Haft bestraft werden.

In den Richtlinien

zu dieser Verordnung wird gesagt, daß ein durch Berufs- und Erwerbsnotwendigkeiten begründeter Aufenthalt ortsfremder Personen nicht beschränkt oder behindert werden darf. Die Versorgung solcher Personen muß in jeder Beziehung der Versorgung der einheimischen Bevölkerung gleichgestellt bleiben. Ortsfremde Personen, die bei Ehegatten, Eltern, Großeltern, Kindern oder Enkeln Aufenthalt nehmen, sind mit den in ihrer Begleitung befindlichen Familienangehörigen den vorgenannten Personen gleichzustellen. In der Regel soll die Aufenthaltserlaubnis sich auf vier Wochen beschränken, kann aber auch eine Woche herabgesetzt werden. Auch vollständiges Verbot des Fremdenaufenthalts (mit Ausnahme des Geschäfts- und Familienverkehrs) kann verfügt werden. Dabei ist Kur- und Erholungsaufenthalt von Militärpersonen, ferner für durch amtsärztliches Zeugnis berechtigte Private ebenfalls ausgenommen. Beherbergung ortsfremder Personen in Privathaushaltungen kann ebenfalls behördlicher Genehmigung unterstellt werden. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können zur Beschränkung des Verkehrs den Inhabern von Gaststätten jeder Art, den Gemeindeverwaltungen, Kurverwaltungen, Fremdenverkehrsvereinen und ähnlichen Vereinen öffentliche Ankündigungen ihrer Betriebe oder ihrer Einrichtungen untersagen.

Die Begründung

der geplanten Verordnung sagt, daß ohne solche Maßnahmen gewisse Bezirke einer Überschwemmung mit Fremden ausgesetzt seien, die die ernährungswirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kommunalverbände erheblich übersteige und deren Ablieferungspflicht sowie die Versorgung der einheimischen Bevölkerung gefährde. Diese Mißstände würden vielfach durch ein zur Zeitlage und Umgebung höchst unangemessenes Auftreten der Fremden verschärft. Außerdem wird der Schleichhandel durch den unbeschränkten Fremdenverkehr gefördert. Bayern und Württemberg sind schon mit Sonderverordnungen in dieser Richtung vorangegangen. Eine Fortsetzung dieses Verfahrens in den einzelnen Bundesstaaten erscheint unerwünscht, deshalb sei eine Regelung für das ganze Reich angemessen.

Ob und wie sich diese Pläne in die Wirklichkeit umsetzen werden, wird sich wohl in nächster Zeit zeigen.

Verbesserte Nahrungsmittelversorgung

Heranziehung von Landwirtschaft und Handel.

Der Staatssekretär des Kriegs-Ernährungsamtes hat, wie wir erfahren, in einem Rundschreiben die Bundesregierungen angewiesen, für die Ablieferung der rationierten Nahrungsmittel die **praktische Mitarbeit der Landwirtschaft**, ihrer genossenschaftlichen Organisationen **und den Handel mehr heranzuziehen**, als dies bisher geschehen ist.

Sachverständige Geschäftsabteilungen.

Aus den Kreisen der Landwirtschaft und des Handels sollen bei jedem Kommunalverband sachverständige Kräfte zur Bildung von Geschäftsabteilungen verwendet werden, um die Behörden durch die Übernahme der kaufmännischen Angelegenheiten bei der Erfassung zu entlasten, und um mehr als bisher alles Erfaßbare wirklich herauszuziehen. Die Geschäftsabteilungen sollen die Organe bilden, die alle kaufmännischen Geschäfte des Kommunalverbandes (den Ankauf und Abtransport der Waren) abzuwickeln haben, der dabei als Behörde wie bisher für die vollständige und rechtzeitige Erfüllung der Umlage verantwortlich bleibt. Die Geschäftsabteilungen, die am zweckmäßigsten in der Form der G. m. b. H. zu wählen sind, sollen behördlich in Bezug auf Einhaltung der Preise auf die Verdienstspannungen, auf die Listenführung zur tatsächlichen Erfassung aller Vorräte, sowie auf die Weiterleitung des Erfaßten überwacht werden. Zur Erfassung der Bestände sollen sich die Geschäftsabteilungen einen breiten Unterbau durch den freiwilligen Zusammenschluß der Erzeuger zu Erzeuger-Vereinigungen nach Gemeinden und Gutsbezirken schaffen. Den Geschäftsstellen kann die Erfassung des Getreides, der Futtermittel, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, der Fette, Milch, Eier, des Geflügels, des Obstes und Gemüses übertragen werden. Hierbei wird es sich unter Umständen empfehlen, für die einzelnen Waren verschiedene Geschäftsstellen zu errichten, d. h. für Getreide- und Futtermittel andere als für die leicht verderblichen Waren. In der Provinz Pommern soll mit der Durchführung dieser Organisation bereits begonnen worden sein.

Vermischtes

Mehl- und Brotsorgen in alter Zeit. In den alten städtischen Archiven von Florenz fand man vor kurzem aus dem 14. Jahrhundert stammende Urkunden, die auf eine im Jahre 1329 in der Stadt ausgebrochene Mehl- und Brotnot Bezug haben. Aus den alten Schriftstücken ist ersichtlich, auf welche radikale Weise man zu jener Zeit die Mehlspekulanten und die Brotpreistreiber zur Vernunft brachte. Als in dem genannten Jahre plötzlich keine Mehlvorräte mehr auf dem florentinischen Markt erschienen und die Behörden zu der Erkenntnis gelangten, daß man es mit unerlaubten Machenschaften der Mehlhändler zu tun hatte, ließen die Vertreter der Stadtregierung alle Mehlgroßhändler zum Stadthaus entbieten. Nachdem man alle im Rathause beisammen hatte, wurden die Türen hinter ihnen geschlossen, und man hielt die Preistreiber so lange gefangen, bis sie unter heiligen Eiden versprochen hatten, für sofortige Mehlanfuhr und für erträgliche Marktpreise zu sorgen. Wenn der eine oder der andere zögerte und die verlangte Zusage nicht geben zu wollen schien, band man ihn einfach auf die Folterbank und setzte ihm die Daumschrauben an, so daß sein Geschrei das Ohr seiner in den Nebenräumen wartenden Berufsgenossen erreichte. Diese Kur half immer. Der gemarterte Händler bekannte, wo die Mehlpreissteigerungsstätten zu finden wären; er gab gewöhnlich auch die noch vorhandenen Vorräte richtig an und machte alle geforderten Mitteilungen über die spekulativen Beschlüsse des Mehlsyndikats. Binnen 24 Stunden hatte Florenz wieder Mehl im Überfluß und billiges Brot.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Der Neuköllner Prozeß.** Vor einigen Monaten wurde, wie man sich erinnern dürfte, der Magistrat von Neukölln von einigen Schwindlern, die ihm Auslandsfleisch zum Kaufe angeboten hatten, um große Summen betrogen. Den größten Teil des Geldes hat die Stadt Neukölln später wiedererlangt. Wegen des großangelegten Schwindels wurde jetzt der Lebensmittelschieber Rösner vom Schwurgericht unter Zubilligung mildernder Umstände zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Verfahren gegen den Hauptschwindler Rindfleisch und dessen Mutter mußte abgetrennt werden.

Wetteraussichten

24. März. Wolkig, teils Sonne, strichweise Niederschläge, milde.
25. März: Meist heiter, angenehm.
26. März: Sonne, Wolkenzug, ziemlich warm.

Nachruf!

Am 18. ds Mts. verschied nach längerem Leiden unser langjähriges passives Mitglied

Otto Eichholz.

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen eifrigen Förderer unserer edlen Turnsache. Sein ehrenhafter Charakter, sein freundliches Wesen und das rege Interesse für den Verein sichern ihm ein dauerndes Gedenken.

Turn-Verein „Unter den Linden" Halver.

Bekanntmachung.

In das Handelsregister A. Nr. 257 ist heute zu der **Firma Groll und Kaiser** in **Schalksmühle** eingetragen: **Dem Betriebsleiter Ernst Groll** in **Flaßkamp**, (Gemeinde Hülscheid) ist Prokura erteilt.

Lüdenscheid, den 20. März 1918.

Königliches Amtsgericht.

Sitzung

der Gemeinde-Vertretung Halver

am Dienstag, den 26. ds. Mts., nachmittags 4¼ Uhr, im Sitzungssaale des Amtshauses in Halver.

Tagesordnung.

1. Haushaltsplan für 1918.
2. Vertrag mit dem Elektrizitätswerk Mark über die Belieferung des Wasserwerks.
3. Schulangelegenheiten.
4. Kleinwohnungswesen.
5. Stiftung.
6. Grundstückserwerbungen.
7. Kriegsgemeindepflege.
8. Unterstützungs-Anträge.
9. Steuer-Erlaß-Anträge.
10. Grundbuch-Regulierung.
11. Verschiedenes.

Halver, den 22. März 1918.

Der Amtmann.

Sitzung

der Gemeinde-Vertretung Schalksmühle

am Mittwoch, den 27. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus Müller in Schalksmühle.

Tagesordnung:

1. Haushaltsplan für 1918.
2. Schulangelegenheiten.
3. Wasserwerksangelegenheit.
4. Grundbuchsachen.
5. Wege- und Brückenbauangelegenheit.
6. Kleinwohnungswesen.
7. Volksbücherei Dahlerbrück.
8. Kriegsgemeindepflege.
9. Steuererlaßanträge.
10. Verschiedenes.

Halver, den 22. März 1918.

Der Amtmann.

Amt Halver.

Ware Nr. 6 der Lebensmittelkarte.

Abgabe erfolgt in der Zeit vom 25. März bis 1. April 1918 nach folgendem Plane:

a) Gemeinde Halver

Lebensmittelkarten-Nr.	Verkaufsstelle.
1—131	Konsumverein Halver, Berlinerstraße
132—258	Konsumverein Halver, Kronprinzenstraße
259—381	Konsumverein Halver, Mühlenstraße
382—511	Emil Dahlhaus, Halver
512—641	Ww. Junker, Halver
642—760 u. 1501—1718	Karl Isenburg, Halver
1719—2023	Ww. Karl Lauer, Halver
2024—2350 und Zugänge	Ww. Ernst Laursberg, Halver
801—1006	Wilhelm Pixberg, Oberbrügge
1007—1150 und Zugänge	Ww. O. Hager, Ehringhausen
1201—1450 und Zugänge	Konsumverein Oeckinghausen.

b) Gemeinde Schalksmühle

1—232	Konsumverein Schalksmühle.
233—358	Ww. Kettling, Schalksmühle.
359—560 und Zugänge	Gust. Krampe, Schalksmühle

Abgabe erfolgt nur auf Lebensmittelkarte. Jeder Empfangsberechtigte erhält den auf ihn entfallenden Warenanteil, den er innerhalb der vorbezeichneten Verkaufstage zu beliebiger Zeit entnehmen kann. Gedränge in den Verkaufsstellen ist darum sinnlos.

Halver, den 21. März 1918. **Der Amtmann.**

Zeige hiermit den Empfang der neuen

Sommerhüte

an, und lade zur Besichtigung ergebenst ein.

Emma Janus,
Halver.

Rektoratschule Halver.

Die **Aufnahmeprüfung** findet am **10. April** von 10 Uhr an statt.

Anmeldungen dazu nimmt der Unterzeichnete am **27. März,** nachmittags von 2—5 Uhr entgegen. Es ist dabei das Schulzeugnis vorzulegen.

Clever, Rektor.

Amts-Sparkasse Halver i. Westf.

Zeichnungen auf die

achte Kriegsanleihe

nehmen wir zu den Original-Bedingungen der Reichsbank entgegen von

Montag, den 18. März bis Donnerstag, den 18. April,
mittags 1 Uhr

im **Kassenraum,** Amtshaus, Zimmer 5,
in **Schalksmühle** bei unserer Annahmestelle (Verwalter: Herr Konsumverwalter Albert Kleinschmidt),
in **Oeckinghausen** bei Herrn Fabrikant Alfred Winkhaus und in **allen** Schulen des Amtsbezirks.

Nachlaß-Versteigerung.

Am **Montag, den 25. März cr. morgens 10 Uhr** werde ich im Auftrage des **Herrn Fr. Rövenstrunk** die Nachlaßgegenstände von dem verstorbenen **Leander Sieper** an dem Wohnhause des **Herrn Ernst Bürger,** in der **Mühlenstraße** zu **Halver** bestehend aus:

2 vollst. Betten, 1 Ausziehtisch, 1 Kleiderschrank, 1 Unterbett, 1 Anrichte, 1 Tafelherd, 1 Mantelofen, 1 Regulateur, Spieldose, Zuglampe, Spiegel, Bilder, 6 Rohrstühle, 4 Brettstühle. Ferner 1 fast neuer Dauerbrandofen, 2 Bettstellen mit Matratzen, 1 Kleiderschrank, 1 doppelten Holzkasten mit Geländer, 1 Schreibpult, 1 Ladenreal, 1 Schiebkarre, mehrere Tannenbretter, und sonstige Haus- und Küchengeräte

öffentlich meistbietend an Ort und Stelle gegen gleich bare Zahlung versteigern. Die Sachen sind gebraucht und gut erhalten und können ½ Stunde vor dem Termin besichtigt werden.

Wilh. Voß, beeid. Auktionator, **Halver.**

Zeichnungen auf die

8. Kriegsanleihe

nimmt entgegen

Die Halversche Spar- u. Darlehnskasse
Amtsstraße 6.

Amt Halver.

Auf dem Friedhof in Halver ist **eine Uhr** gefunden worden. Eigentumsansprüche sind im Amtshause, Zimmer 9, geltend zu machen.

Halver, den 20. März 1918.

Der Amtmann.

Für unsere **Fassondreherei** suchen wir mehrere **tüchtige**

Werkzeugschlosser.

Metallwarenfabrik
P. W. Haurand, Halver, (Westf.)

1 Werkzeugschlosser

oder ein **geschickter junger**

Mann,

welcher sich als solcher ausbilden möchte, sowie ein

Lehrling

für **sofort** gesucht.

Schmalenbach,
G. m. b. H. Halver.

Es können noch einige

Arbeiter und Arbeiterinnen

bei uns eingestellt werden.

Kaiser & Co.
elektrotechnische Fabrik,
Schalksmühle i. Westf.

Wir suchen **sofort** oder zu **Ostern** einen

Lehrling

für unser Kontor.

Piepenstock & Co.,
Halver.

Ein **kräftiger**

Stellmacherlehrling

mit **guten Schulzeugnissen versehen,** gesucht

Adolf Jünger, Rönsahl.